

**Kleine Anfrage**

**Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Nina Eisenhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Andreas Ewald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Massiver Anstieg der Grundsteuer in Hessen – Was tut die Landesregierung?**Vorbemerkung:**

Vor dem Hintergrund unzureichender finanzieller Mittel sehen sich immer mehr hessische Kommunen gezwungen, die Grundsteuer B zu erhöhen. Dies belegt auch die Kommunalfinanzanalyse des Bundes der Steuerzahler (BdSt) Hessen, zuletzt für den Main-Taunus-Kreis. Dort fallen bspw. die Steigerungen in Hofheim (+886 Prozentpunkte auf 1.545), Eppstein (+455 Prozentpunkte auf 1.450) und Flörsheim (+430 Prozentpunkte) extrem aus. Hofheims Erhöhung ist 2026 die höchste hessenweit; Hofheim und Eppstein liegen damit auf Platz zwei und drei im hessenweiten Vergleich.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Hebesatz-Erhöhrungen bei der Grundsteuer B in den hessischen Kommunen, insbesondere die extremen Steigerungen in Hofheim (+886 Prozentpunkte), Eppstein (+455 Prozentpunkte) und Flörsheim (+430 Prozentpunkte)?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass der Main-Taunus-Kreis mit einem Hebesatz-Schnitt von 873 Prozent deutlich über dem hessischen Durchschnitt von 549 Prozentpunkten liegt, und welche langfristigen Folgen für die Attraktivität des Kreises werden daraus abgeleitet?
3. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um Kommunen bei der Bewältigung ihrer Haushaltsdefizite zu unterstützen, so dass nicht allein auf Steuererhöhungen zurückgegriffen werden muss?
4. Vor dem Hintergrund der offensichtlichen völlig unzureichenden kommunalen Finanzausstattung im Jahr 2026: Plant die Landesregierung zumindest den Kommunalen Finanzausgleich 2027 deutlich zu erhöhen?
5. Welche Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit fördert die Landesregierung aktiv, um Aufgaben wirtschaftlicher zu erledigen und Steuererhöhungen zu vermeiden?
6. Wie hoch sind die Landesmittel pro Jahr zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit?
7. Vor dem Hintergrund, dass die Kommunen elementare Aufgaben zur Daseinsvorsorge vor Ort wahrnehmen, welche realistischen Einsparpotentiale sieht die Landesregierung in den kommunalen Haushalten von Städten, Gemeinden und Landkreisen?
8. In wie vielen Kommunen ist der Hebesatz der Grundsteuer B inzwischen über der Hebesatzempfehlung der hessischen Finanzverwaltung nach der Grundsteuerreform? (Bitte aufschlüsseln nach Kommunen, jeweils mit Angabe der Empfehlung und der aktuellen Höhe)
9. Wie bewertet die Landesregierung das Aufkommen diverser Bürgerinitiativen, die sich gegen hohe Grundsteuerhebesätze richten?

Wiesbaden, den 11.08.2026

Miriam Dahlke

Nina Eisenhardt

Andreas Ewald

Sascha Meier